

*Victor Kempf**

Parteilichkeit der Vernunft. Die neuere Kritische Theorie und das Politische

Die gegenwärtige Diskussion um den Begriff des Politischen und die neueren Theorieansätze der Frankfurter Schule berühren sich kaum oder positionieren sich gar in dezidiert Abgrenzung zueinander (vgl. Marchart 2010; Flügel-Martinsen 2016). Für die (post-)habermasianischen Spielarten der Kritischen Theorie scheint zu gelten, was Ernesto Laclau der hegemonialen Gesellschaftstheorie des Zwanzigsten Jahrhunderts insgesamt vorgeworfen hat: Auch in ihnen zeigt sich (zumindest auf den ersten Blick) eine begriffliche Absorption des Politischen durch die bereits institutionalisierte Gestalt des Sozialen, mithin eine Abstraktion vom umkämpften Grund gesellschaftlicher Konstitution (vgl. Laclau 1990: 160). Bei Habermas, Honneth und Jaeggi scheint so etwas wie eine Aufhebung des Politischen in einen historisch-sozialen Bezugsrahmen des Fortschritts vonstatten zu gehen. Es ist nicht so, dass die Dimension des Konflikts, die das Politische definiert, theoretisch ganz erlischt; aber ihr wird auf jeden Fall die Qualität eines radikalen Antagonismus genommen. Ganz gleich, ob man den gesellschaftlichen Zusammenhang als (quasi-)transzendente „Kommunikationsgemeinschaft“ (Apel 1976; vgl. Habermas 1995b: 104–126), „moderne Anerkennungsordnung“ (Honneth 2003b: 159 ff., 220) oder „dialektisch-pragmatischen Lernprozess“ (Jaeggi 2014: 428) begreift – stets wird die konfliktuelle Dimension ‚nur noch‘ auf einer Basis historisch verkörperter Vernunft und im Modus immanenter Kritik und transformativer Anreicherung entfaltet, statt in ihrer Ausweglosigkeit und Unentscheidbarkeit hervorgehoben zu werden, wie es Vertreter eines antagonistischen Begriffs des Politischen tun (vgl. Marchart 2010).

Allerdings lässt sich eine solche philosophische Aufhebung des Politischen mit dem theoretischen Anliegen, die Dimension der Konfliktualität zum Zuge kommen zu lassen, erst einmal durchaus zusammenbringen. Die „Parteilichkeit für Vernunft“ (Habermas 1973: 194), die den normativ-politischen Rahmen der Neu-Frankfurter Gesellschafts- und Entwicklungsmodelle setzt, definiert eine Arena der Kontestation, des Konflikts und der Kritik, in der Auseinandersetzungen um die gesellschaftliche Konstitution offen und ohne substantielle Vorbestimmung ausgetragen werden können (und müssen). Der normative Universalismus, der dieser Frankfurter Vernunftorientierung eigen ist, tritt nicht als prädefiniertes Inhalt zu Tage, der von einer ahistorischen Instanz unparteiischer Moral erwirkt würde. Vielmehr ist jener Universalismus als die normative Form zu verstehen, an der orientiert der vielleicht unabschließbare Streit um die gesellschaftliche Konstitution aus Perspektive von Beteiligten, das heißt von je partikularen sozialen Akteuren ausgetragen wird. Sicher: Rechte Tendenzen, die die normative Geltungsbasis der bürgerlichen Moderne (Freiheit, Gleichheit, Demokratie) und somit ihren Universalismus unterschreiten, finden innerhalb dieses Frankfurter Rahmens keinen positiven Ort; und auch ein Schmitt'scher Dezisionismus, durch den das Moment des Politischen mit der existentiellen Verwerfung des „Feindes“ zusammenfällt, ist ausgeschlossen. Das Politische ist hier zivilisiert und an einen spezifischen Fortschrittsmodus angepasst, in dem der Antagonismus in dem Maße als potentiell überwindbar sich darstellt, wie er durch ihn normativ gerahmt wird.

* Victor Kempf, Goethe-Universität Frankfurt am Main
Kontakt: victor.kempf@normativeorders.net

Aber letztlich wird das Denken des Politischen nicht erst in Frankfurt rationalisiert, sondern bereits von Laclau und Mouffe in einen solchen modernen Rahmen beziehungsweise in den Horizont der „demokratischen Revolution“ (Laclau/Mouffe 1991, im Anschluss an Lefort) überführt und dabei zum „Agonismus“ (Mouffe 2014) zivilisiert. Dadurch erscheinen linke Kämpfe um die Hegemonie, die das Denken des Politischen theoretisieren soll, als Bewegungen der kontestativen Erweiterung des Universellen, ganz ähnlich dem Frankfurter Fortschrittsgedanken. Auch wenn die Rede von der ‚Gegenhegemonie‘ immer wieder die Radikalität des Bruchs beschwört, besteht das Erschütternde des Antagonismus gerade darin, dass der Anspruch des Universellen durch die Seite der Kritik reklamiert wird, dass sich das antagonistische Moment in den Universalismus einschreibt und dadurch seine vorherrschende Konzipierung aufsprengt. Mithin ist die konfliktuelle Dynamik des Politischen gewissermaßen hegelianisch zentriert, zumindest in der radikaldemokratischen Hegemonietheorie Laclau und Mouffes (1991). Universalität mag sich aus Sicht Laclau und Mouffes nie voll realisieren lassen, da am Grund des Sozialen sich immer wieder der Abgrund des Antagonismus auftut (vgl. Marchart 2010: 185 ff.). Aber nichtsdestoweniger bleibt das Moment der Gründung ein notwendiger, immer wieder zu erneuernder, weiterzutreibender Akt, der mit einem wirkmächtigen Universalitätsanspruch operiert (vgl. ebd.: 188, 202, 210 f., 220) und sich durch diesen (wenn man so will) „Geltungsüberschuss“ (Honneth 2003a: 302) in seiner Entwicklung ausrichtet. Auch hier besteht also eine Übersetzbarkeit in die normative Konstitutionslogik der neueren Frankfurter Schule.

Das Denken und die Dimension des Politischen lassen sich in den hegelianischen Bezugsrahmen der neueren Frankfurter Theorieansätze also durchaus einschreiben. Doch wird diese Einschreibung in den Ausführungen jener Theorien nicht vollzogen, da in ihnen der Sinn für Parteilichkeit fehlt, der für die Dimension des Politischen konstitutiv ist. Die gesamte Geschichte der Kritischen Theorie lässt sich als Bewegung einer Abkehr von partikularen politischen Subjektivitäten und als eine Hinwendung zu der Vorstellung eines universellen „Wir“, eines Metasubjekts des „Bürger[s]“ (Honneth 2015: 118) begreifen, das weniger aus konkreten Interessen und besonderem Verlangen, als aus guten Gründen heraus handelt. Hingegen wird im Medium des Politischen die projektierte Universalität nicht durch ein parteiloses Metasubjekt entfaltet. Stattdessen ist sie hier als das stets vorläufige Produkt eines Hegemonialwerdens bestimmter, partikularer Weltansichten zu verstehen. Auch wenn man dies als einen Anreicherungsprozess deutet, ist dieser auf die parteiliche Vermittlung über partikulare politische Subjektivitäten und auf deren polemische Positionierung gegenüber dem noch Hegemonialen angewiesen. Ein Einklagen und Perfektionieren des Universalen reicht eben dort nicht aus, wo die Vorstellung von sozialer und normativer Universalität systematisch verzerrt und vereinseitigt ist, wenn ein nach vorne weisender Begriff von Universalität noch überhaupt nicht machthabend ist, sondern die Hegemonie eines solchen erst erkämpft werden müsste. Schaut man sich aber Honneths jüngste Konzeption emanzipatorischer Transformation an, dann wird deutlich, dass hier schon die diskursive und institutionelle Wirkmächtigkeit einer comprehensiven Idee der Universalität (verkörpert im Anspruch und Versprechen ‚sozialer Freiheit‘) vorausgesetzt wird (vgl. ebd.: 116 ff., 153, 164), die dann, so die Vorstellung, nicht durch diese oder jene partikularen Akteure, sondern durch ein scheinbar bereits unifiziertes Metasubjekt des „Bürgers“ (ebd.: 151) und entlang ihrer schon angelegten und ausagierten Tendenz (vgl. ebd.: 153) weiter realisiert werden kann. Ähnlich idealisierende, empirisch unrealistische Voraussetzungen sind in Habermas' (1969: 84–193; 1995a: 575–583) Figur einer „quasi-transzendentalen“ Kommuni-

kationsgemeinschaft, sowie in Jaeggis (2014: 386–446) Konzept des „dialektischen-pragmatischen Lernprozesses“ eingelassen, was an anderer Stelle auszuführen wäre.

Dagegen ist jedoch zu sagen, dass diese comprehensive Idee der Universalität in Deutungskämpfen, das heißt in Kämpfen um die Hegemonie, als eine machthabende erst errungen werden muss und dass dieses Erkämpfen, dieses Insistieren auf eine höherstufige Vorstellung von Universalität nicht von einer sozialen Universalität der Bürger ausgehen kann, die angesichts mannigfaltiger Zerrissenheit noch gar nicht besteht und also selbst erst zu erringen wäre, sondern von den wie auch immer intransparenten Impulsen der Subalternen seinen motivationalen Ausgang potentiell nimmt. Der Kampf und der Konflikt, der gerade Honneth zu Folge ja die Gesellschaftsentwicklung antreibt (vgl. Honneth 1992), muss präzise als Kampf, als Konflikt selbst ernst genommen werden. Das heißt, er muss als reibungsreiches und polemisches Geschehen zwischen verschiedenen sozialen Akteuren, Interessen und Weltansichten überhaupt erst einmal in den Blick geraten, statt wie bisher in eigentümlicher Weise als ein Geschehen ohne konkretes Gegenüber konzipiert zu werden – so als müsse sich das kämpfende Moment bloß gegen die politisch unspezifische Trägheit der gesellschaftlichen Entwicklung in Richtung Fortschritt durchsetzen. Der Kampf darf nicht mehr länger nur als diffuses Attribut der Entwicklung abgehandelt werden (vgl. Jaeggi 2014: 386 ff.), sondern muss als ihre eigentliche Logik und Dynamik fokussiert werden. Dies kommt in der neueren Kritischen Theorie derzeit noch zu kurz, kann aber darüber geändert werden, dass sie die konfliktuelle Dimension des Politischen und damit zusammenhängende Vorstellungen von essentieller Umstrittenheit, Kampf und in ihm unweigerlich zu vollziehender Parteilichkeit in sich aufnimmt und mit ihren Mitteln konzeptionell einholt.

Will die neuere Kritische Theorie die Dimension des Politischen in ihrem Rahmen theoretisch realisieren, gewissermaßen ausführen, muss sie die Entfaltung des Universalen erneut (das heißt wie Marx 1981: 388 ff.) durch die Partikularität der Subalternen, der Prekarierten, Exkludierten und Exploitierten vermittelt denken. Das verlangt seinerseits, das Problem der Parteilichkeit in den Fokus zu rücken (vgl. Fischbach 2016: 49, 64 ff., 70 ff.), auch wenn die Lokalisierung emanzipatorischer Subjekte ein äußerst schwieriges Unterfangen bleibt, das heißt auch wenn die Schwierigkeit fortbesteht, die ursprünglich dazu führte, dass sich die Kritische Theorie jenseits bestimmter Parteinahmen formierte. Aber solche Parteilichkeit tut Not. Denn: Die ‚Parteilichkeit für Vernunft‘ bleibt solange unhistorisch-abstrakt und durch die Illusion eines bereits realisierten Gattungssubjekts irreführt, wie sie sich nicht als Parteilichkeit der Vernunft umsetzt, als intellektuelle Parteinahme für diejenigen partikularen Subjekte, die das Projekt einer vernünftigen Universalität in ihren (wie immer auch verstreuten, alltäglichen) Kämpfen konkret vorantreiben.

Literatur

- Apel, Karl-Otto, 1976 [1967]: Das Apriori der Kommunikationsgemeinschaft und die Grundlagen der Ethik. In: Ders. (Hg.), *Transformation der Philosophie*. Band 2, Frankfurt (Main), 358–435.
- Fischbach, Franck, 2016: *Manifest für einer Sozialphilosophie*, Bielefeld.
- Flügel-Martinsen, Oliver, 2016: *Befragungen des Politischen*, Wiesbaden.
- Habermas, Jürgen, 1969: Wissenschaft und Technik als „Ideologie“. In: Ders. (Hg.), *Wissenschaft und Technik als „Ideologie“*, Frankfurt (Main), 48–103.
- Habermas, Jürgen, 1973: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt (Main).
- Habermas, Jürgen, 1995a [1981]: *Theorie des kommunikativen Handelns*. Band 2, Frankfurt (Main).

- Habermas, Jürgen, 1995b [1971]: Vorlesungen zu einer sprachtheoretischen Grundlegung der Soziologie. In: Ders. (Hg.), *Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt (Main), 11–126.
- Honneth, Axel, 1992: *Kampf um Anerkennung*, Frankfurt (Main).
- Honneth, Axel, 2003a: Die Pointe der Anerkennung – Eine Entgegnung auf die Entgegnung. In: Nancy Fraser / Axel Honneth (Hg.), *Umverteilung oder Anerkennung – Eine politisch-philosophische Kontroverse*. Frankfurt (Main), 271–305.
- Honneth, Axel, 2003b: Umverteilung als Anerkennung – Eine Erwiderung auf Nancy Fraser. In: Nancy Fraser / Axel Honneth (Hg.): *Umverteilung oder Anerkennung – Eine politisch-philosophische Kontroverse*. Frankfurt (Main), 129–224.
- Honneth, Axel, 2015: *Die Idee des Sozialismus*, Berlin.
- Jaeggi, Rahel, 2014: *Kritik von Lebensformen*, Berlin.
- Laclau, Ernesto, 1990: *New Reflections on the Revolution of our Time*, London / New York, NY.
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal, 1991 [1985]: *Hegemonie und radikale Demokratie*. Wien.
- Marchart, Oliver, 2010: *Die politische Differenz*, Berlin.
- Marx, Karl, 1981 [1844]: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. In: MEW 1, Ostberlin, 378–391.

Regina Kreide*

1. Welche Disziplinen gehören Ihrer Auffassung nach zur Kritischen Theorie und welche davon definieren maßgeblich, was heute „Kritische Theorie“ heißt?

„Kritische Theorie“ ist nicht als Einzeltheorie, sondern vielmehr als Forschungsprogramm einer kritischen Theorie der Gesellschaft zu verstehen. Sie geht auf den Neomarxismus der zwanziger Jahre zurück und wurde maßgeblich durch eine Zusammenführung von Hegel, Marx und Weber geprägt. Die Kritische Theorie (KT) ist von ihrer Anlage her eine „eklektische Mixtur einer starken normativen Idee“ (Brunkhorst). Daher ist es nicht erstaunlich, dass sie sich in variierendem Umfang und mit wechselnder Intensität der jeweils aktuellen philosophischen und sozialwissenschaftlichen Disziplinen bedient. Dazu gehören – abgesehen von der Sozial- und der politischen Philosophie/Theorie – die Soziologie, mit den angrenzenden Gebieten der Rechts-, Techniksoziologie und der politischen Soziologie auch die Sozialpsychologie und die politische Ökonomie.

2. Gibt es bezüglich der gesamtgesellschaftlichen Perspektive gegenwärtig theoretische Alternativen zur Kritischen Theorie?

Eine ‚gesamtgesellschaftliche Perspektive‘ im Rahmen eines Kritische Theorie-Forschungsprogramms einzunehmen bedeutet, dass sozialwissenschaftliche Untersuchungen, die sich durchaus auf verschiedenen Abstraktionsebenen und auf unterschiedlichen Sachgebieten bewegen können, auf ein Zentralproblem bezogen bleiben. Auf diese Weise können historische wie zeitgenössische strukturelle Faktoren identifiziert werden, die unter einer undurchsichtig und chaotisch erscheinenden Oberfläche das Zusammenleben der Menschen bestimmen. Zu diesen Faktoren gehören gegenwärtig beispielsweise die Bedingungen der noch nicht überwundenen Finanzkrise, des Neoliberalismus, des Erstarkens extrem rechter Bewegungen, ebenso wie die von Migration sowie neuen territorialen und sozialen Grenzen – um nur einige zu nennen.

* Prof. Dr. Regina Kreide, Justus Liebig Universität Gießen
Kontakt: regina.kreide@sowi.uni-giessen.de